



Sabine Dullin
Kandidat der Linken in Braunschweig (WASG)
für die Nordstadt, Platz 4

Am Ölpersee 10
38114 Braunschweig

<http://www.nordstadt.wordpress.com> (Kandidatinnen des Wahlbereich, Nordstadt)

Für eine bürgernahe Politik!

Die Linke Braunschweig (WASG)

- **Wir brauchen eine Politik die Veränderung verträgt und Handlungsfähig ist**
 - a. **um in Kinder zu investieren, denn sie sind unsere Zukunft.**
 - b. **um die Jugend zu fördern, durch Integration, Streetworker, Bildung und Ausbildungsplätze**
 - c. **Schaffung von Arbeitsplätzen**
- **Das Geschichtsträchtige und historische Gebiet soll erhalten bleiben**
 - a. **und nicht durch ein Erlebnisbad, Wohngebiete oder ähnliches für „besser Verdienende“ ersetzt werden.**
- **Keine Vertreibung der Bewohner, wie Sinti, Roma und Migrationfamilien**
- **Keine Studiengebühren, Bildung frei zugänglich für alle**

Aus Imagegründen der Kulturhauptstadt wurde durch den Verwaltungsausschuss beschlossen, das Spaßbad durch Sponsor zu finanzieren, dies kann sich auf die wirtschaftliche Lage der kleineren Badezentren auswirken. Ebenso das ECE – Center, das potentielle Kunden aus der Innenstadt und somit aus dem Einzugsgebiet kleinerer Läden entfernt.

Die Vertreibung von zum Beispiel Sinti, Roma und anderen Migrationfamilien sind radikal und unsozial, sind Methoden des autoritären Regimes, um den Bau eines Erlebnisbades zu ermöglichen. Einerseits wird im Rathaus mit einer Mahntafel an die Deportierten aus diesem Gebiet erinnert, andererseits versucht man, ein dunkles Kapitel Braunschweiger Geschichte zu verdrängen, in dem man den Überlebenden und Nachkommen die Heimat nimmt. CDU, SPD, GRÜNE, FDP: Was sind das nur für Menschen die sich in der Öffentlichkeit und Medien durchaus human verhalten, sich gegenüber politischen Dimensionen des Unrechts dennoch gleichgültig zeigen. Wir brauchen eine modernere Kommunalverwaltung, Stadträte und Bezirksräte benötigen mehr Mitspracherecht. Mehr Demokratie sollte in die Kommunalverwaltung des Öffentlichen Sektors einfließen; ein entsprechendes Kooperationsmodell würde nachweisbar Vorteile für die Bürger mit sich bringen. Die Kommunalverwaltung würde durch die Reformprozesse Satzungsänderung gestärkt werden. Keine Privatisierung von städtischen Betrieben. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind die Zukunft unserer Gesellschaft, sie sollten durch Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Jugendzentren gefördert werden. Dem entsprechend müssen auch Jugendliche und junge Erwachsene in ihren Interessenbereichen gefördert werden, damit sie eine Perspektive vor Augen haben. Dies wird aber vermehrt durch die Schließung von Einrichtungen in diesem Bereich, sowie die Rationalisierung von Ausbildungs- und Arbeitsplätze fast unmöglich gemacht. Das kann ein Auslöser für Kriminalität sein. Streetwörter und öffentliche Einrichtungen können entgegenwirken.